

110/AE XXI.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Grünewald, Van der Bellen, Freundinnen und Freunde

betreffend Maßnahmen, die der seit Jahren fortschreitenden Zersplitterung der Kompetenzverteilung im Bereich „Wissenschaft und Forschung“ entgegenwirken

Mit der geplanten Novellierung des Bundesministeriengesetzes durch die neue Bundesregierung wird die Zersplitterung im Bereich Wissenschaft / Forschung, die bereits vor mehreren Jahren begonnen hat, weiter verstärkt.

Statt ein (bereits weitgehend existierendes) Ministerium für Universitäten, Wissenschaft, Forschung und Technologie zu schaffen, transferiert man die Universitäten (und Fachhochschulen) zum Unterrichtsministerium.

Damit ist der Bereich Wissenschaft / Forschung nunmehr auf drei Ministerien verteilt: Die Bildungsministerin ist zuständig für Universitäten, Fachhochschulen, Akademien und EU - Programme im Bereich Forschung, der neugeschaffene Minister für Verkehr, Innovation und Technologie ist zuständig für die wissenschaftlichen Fonds (FWF, FFF, ITF), Seibersdorf, K plus und den Rat für Wissenschaft und Forschung, der Wirtschaftsminister ist zuständig für die Kompetenzzentren, den ERP - Fonds, die Innovationsagentur und die Abwicklung der indirekten Forschungsförderung über den Forschungsfreibetrag.

Diese Entwicklung ist im Sinne einer effizienten österreichischen Forschungspolitik nicht sinnvoll und wünschenswert.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat binnen eines Monats einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, durch den der gesamte Bereich Wissenschaft und Forschung in die Zuständigkeit eines einzigen Ministers / einer einzigen Ministerin fällt.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung verlangt.